

Arbeitsplätze ohne Wachstum?

von Friedrich Hinterberger

Derzeit wird in Diskussionen und in der politischen und wirtschaftlichen Bewertung die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes mit der wirtschaftlichen Leistungsstärke einer Volkswirtschaft gleichgesetzt und auch als Indikator für den Erfolg einer Politik herangezogen. Die industrialisierten Länder werden sich aber auf ein dauerhaft geringes Wachstum einstellen müssen. Die Frage, die es zu beantworten gilt, ist nicht, wie wir das Wachstum ankurbeln können. Viel wichtiger wäre es, sich Gedanken darüber zu machen, wie eine Gesellschaft mit einem geringen Wachstum zurechtkommen kann.

Erfolg in der Wirtschaft und damit auch in der Politik – und vielfach auch für jeden Einzelnen – wird daran gemessen, ob in einem Jahr mehr erreicht wurde als im Vorjahr. Die Wirtschaftsleistung und der materielle Konsum in Europa haben sich innerhalb weniger Jahrzehnte vervielfacht. Nun ist das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes aber – auf hohem Niveau – ins Stocken geraten; die Nachfrage nach materiellen Gütern sinkt. Ein geringeres Wirtschaftswachstum ist auch in den kommenden Jahren wahrscheinlich. Für die Umwelt scheint dies zunächst positiv: Weniger Ressourcenverbrauch bedeutet weniger Druck auf die ohnehin bereits überbeanspruchten globalen Ökosysteme, und die Veränderung der Ökosysteme hat schon begonnen, sich negativ auf unsere Zivilisation auszuwirken. Bei einem weiteren Wachstum des Ressourcenverbrauches droht der Erde ein ökologischer und damit auch ein gesellschaftlicher Kollaps.

Ein gedankliches Experiment: Meinhard Miegel rechnete vor, dass, um den Anteil der Wohlhabenden auf der Erde von 18 auf 36 Prozent zu verdoppeln und den Wohlstand weiterer 45 Prozent immerhin auf die Hälfte dessen zu erhöhen, was derzeit die obersten 18 Prozent genießen sowie die restlichen 19 Prozent immerhin auf zehn Prozent dieses Wertes zu bringen, eine Vervielfachung des Welt-Sozialproduktes notwendig wäre.¹ In Wachstumsraten gerechnet, klingt diese Zahl gleich weniger dramatisch: Ein jährlich drei Prozent höheres Wirtschaftswachstum wäre erforderlich, um bis 2050 dieses Niveau zu erreichen.

Doch eine Vervielfachung der weltwirtschaftlichen Produktion von Gütern und Dienstleistungen bedeutet auch eine entsprechende Erhöhung des Ressourcenverbrauchs. Um den jährlichen Ressourcenverbrauch jedoch zu halbieren – was ExpertInnen heute für erforderlich halten, um etwa den Klimawandel in den Griff zu bekommen –, müsste die Ressourcenproduktivität bei den obigen Annahmen um sechs Prozent steigen und zwar Jahr für Jahr bis 2050.

Für diese Berechnungen wurde angenommen, dass das BIP in den industrialisierten Ländern durchschnittlich um nur ein Prozent pro Jahr – also praktisch fast nicht mehr – wächst. Nehmen wir hingegen für die reichen Teile der Welt ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent an, müsste die Ressourcenproduktivität über vier Jahrzehnte um acht Prozent pro Jahr steigen, um die oben angenommene Annäherung der Weltregionen bezüglich ihres Wohlstandsniveaus zu erreichen. Da kommen selbst OptimistInnen ins Grübeln! Angesichts dessen kommt dem Wettbewerb um natürliche Ressourcen immer mehr auch eine geopolitische und damit auch eine militärische Bedeutung zu.²

Einkommen und Lebensqualität wachsen nicht parallel

Eine grundlegende Frage stellt sich aber: Können sich Gesellschaft und Wirtschaft überhaupt vom Wachstumspfad der vergangenen Jahrzehnte verabschieden? Die Lebensqualitätsforschung – ein relativ jun-

ger Zweig der Wissenschaft – zeigt, dass jedenfalls für den/die DurchschnittsbürgerIn industrialisierter Länder wie Österreich die gefühlte Lebensqualität trotz steigendem Einkommen nicht noch weiter wächst. Viele Menschen würden heute auf Einkommen verzichten, wenn dieses geringere Einkommen erstens gesichert wäre und zweitens mit weniger Erwerbsarbeit verbunden. Auch gehen die Wachstumsraten in den meisten früh industrialisierten Ländern seit Jahrzehnten kontinuierlich zurück.

Für Österreich finden sich etwa in den 1950er Jahren Wachstumsraten um die sechs Prozent, in den 1960er Jahren um die fünf, in den 1970ern um die vier, in den 1980ern um die drei Prozent. In den vergangenen Jahren scheint ein durchschnittlicher Anstieg des BIP von knapp über zwei Prozent pro Jahr eher der Normalfall zu sein als eine krisenhafte Erscheinung.³ Das Projekt „Wohlstand für alle“ scheint aus dieser Sicht abgeschlossen – wenn man bedenkt, dass

1 Meinhard Miegel: Zukunft und Risiko. Die Folgen des Fortschritts, NZZ Podium, 31. Jänner 2008

2 Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel, Berlin-Heidelberg 2007

3 Siehe z. B.: Friedrich Hinterberger, Harald Hutterer, Ines Omann, Elke Pirgmaier, Stefan Giljum, Andrea Stocker, Andreas Teufl: Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium. In: Friedrich Hinterberger, Harald Hutterer, Ines Omann, Elisabeth Freytag (Hg.): Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium, Wien 2009

sich die Armut in reichen Gesellschaften gut über eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen verringern ließe. Und Dennis Meadows begründet bereits seit über 35 Jahren recht plausibel, warum gerade jetzt – in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts – ähnlich hohe Wachstumsraten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mehr möglich sein werden.⁴

Umgang mit Schrumpfung ungeklärt

Dennoch ist die Wachstumsschwäche unter gegebenen Rahmenbedingungen ein Problem. Vor allem, weil Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch das persönliche Empfinden vieler Menschen wirtschaftliches Wachstum quasi zur Voraussetzung hat. Das gilt insbesondere für die Systeme sozialer Sicherung, die Armutsbekämpfung und nicht zuletzt für die Arbeitsmarktpolitik. Ein geringeres BIP-Wachstum (und erst recht ein Schrumpfen) erzeugt unter gegebenen Rahmenbedingungen Arbeitslosigkeit.

Weniger Wachstum bedeutet weniger Nachfrage. Wenn also die Menschen weniger nachfragen, ihre Autos und ihre Mobiltelefone länger behalten – weshalb auch weniger produziert werden müsste – sollten sich Wirtschaft und Gesellschaft darauf einstellen. Doch können sie sich darauf einstellen?

„Wir wissen nicht, wie wir mit Schrumpfung umgehen sollen“, sagte der deutsche Altpäsident Roman Herzog bei den Alpbacher Reformgesprächen 2009. Ein „Bundesschrumpfungsgesetz“ wäre absurd, so Herzog – in der Tat. Vielleicht sind aber das deutsche „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ und ähnliche Regelungen, die auch in Österreich Wirtschaftswachstum zur obersten Maxime der Politik machen, nicht mehr zeitgemäß? Wir sollten (und müssen) uns vielmehr mit der Frage beschäftigen, welche Rahmenbedingungen für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bei ausbleibendem Wachstum förderlich sind. Dies wäre eine sinnvolle Forschungsaufgabe, anstatt zu hoffen, dass die Wirtschaftsmaschinerie wieder auf den alten Wachstumspfad zurückfindet. Letzteres ist zum einen unrealistisch und bringt zum anderen für Klima und Umwelt – und damit für alle Menschen – immer schwerwiegendere Konsequenzen mit sich.

Folgende Fragen wären bei Akzeptanz eines geringen bzw. stagnierenden Wirtschaftswachstums zu klären:

AGRANA. DER NATÜRLICHE MEHRWERT.

AGRANA gibt agrarischen Rohstoffen einen natürlichen Mehrwert.

Wir veredeln Zuckerrüben, Kartoffeln, Mais und Früchte zu hochwertigen Produkten für die weiterverarbeitende Industrie.

www.agrana.com

AGRANA
ZUCKER. STÄRKE. FRUCHT.

- ♦ Wie kann eine reiche Gesellschaft ihre Wirtschaft so organisieren, dass Arbeitsplätze geschaffen werden und erhalten bleiben, ohne darauf angewiesen zu sein, immer mehr zu produzieren?
- ♦ Wie kann ein „gutes Leben“ für einen großen Teil der Bevölkerung (auch für die Zukunft) gesichert werden, wenn die jährliche Wirtschaftsleistung im Wesentlichen konstant bleibt?
- ♦ Welche Systeme brauchen wir in den Bereichen Arbeitsmarkt, soziale Sicherheit, Bildung etc., um uns auf eine solche Entwicklung einzustellen?
- ♦ Welche kulturellen Veränderungen sind dafür nötig? Was wächst, wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst?
- ♦ Wie anders lässt sich Fortschritt messen, wenn nicht an der Vermehrung des BIP?
- ♦ Welches Ziel kann eine Gesellschaft haben, wenn Wirtschaftswachstum nicht mehr in der gewohnten Form möglich ist?

Fortschritt anders messen

Seit einigen Jahren beschäftigen sich internationale und österreichische Projekte im wissenschaftlichen wie im politischen Rahmen mit solchen und ähnlichen Fragen – etwa das von der OECD betriebene

⁴ Donella H. Meadows, Jorgen Randers, Dennis Meadows: Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update, Stuttgart 2006



Rauchende Schloten sind nicht länger als Symbol für Wohlstand tauglich. Gesellschaftlicher Fortschritt ist vielmehr durch höhere Lebensqualität bei geringerem Ressourcenverbrauch gekennzeichnet.

Projekt „Measuring Progress of Societies“, der EU-Prozess „Beyond GDP“, der deutsche Think-Tank „Denkwerk Zukunft“ sowie das vom österreichischen Lebensministerium initiierte Projekt „Wachstum im Wandel“, an dem sich neben mehreren Ministerien und Bundesländern auch Unternehmen und NGOs, darunter das Ökosoziale Forum, beteiligen.

In der Mitteilung der EU-Kommission „Das BIP und mehr – Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel“ wird etwa gefordert, ein umfassendes Maß der Lebensqualität und des Wohlergehens sowie eine umfassende Darstellung des von menschlichen Aktivitäten ausgehenden Umweltverbrauchs in jeweils einer Zahl, gleichberechtigt neben dem Bruttoinlandsprodukt, als durchaus sinnvollem Wirtschaftsindikator zu stellen. Damit wäre ein wichtiger Schritt getan, die öffentliche Auf-

merksamkeit, aber auch die der Politik, auf die zentralen Kategorien gesellschaftlichen Fortschritts zu lenken: mehr Lebensqualität bei geringerem Ressourcenverbrauch.⁵

Weniger Arbeit ermöglichen

In erster Linie stellt sich die Frage, wie in einer Situation ausbleibenden Wachstums Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden können. Zu den Rahmenbedingungen, die unter gegebenen Umständen Arbeitslosigkeit bei geringem Wirtschaftswachstum ansteigen lassen,⁶ gehören unter anderem Regelungen der sozialen Sicherheit, die eine (von vielen gewünschte) flexible Reduktion individueller Arbeitszeiten „bestrafen“.

Wenn die Arbeitsproduktivität, also das, was wir im Durchschnitt pro Arbeitsstunde leisten können, stärker steigt als die Nachfrage nach den Produkten und Dienstleistungen, werden weniger Arbeitsstunden zur Befriedigung der Nachfrage gebraucht. Um zu verhindern, dass unter diesen Bedingungen Menschen arbeitslos werden, müssten die Einzelnen weniger „erwerbs-arbeiten“. In Österreich ist dabei schon die Zahl der geleisteten Überstunden ein wesentlicher Faktor.

Neue Rahmenbedingungen, die die Entscheidung, flexibel weniger zu arbeiten und zu verdienen – eventuell auch im Ausgleich für eine demographisch ohnehin notwendige und gerechtfertigte Verlängerung der Lebensarbeitszeit –, erleichtern, sind in dieser Situation erforderlich. Das Beispiel Niederlande zeigt etwa, dass die Arbeitszeit einen positiven Beitrag bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit spielen kann.

Immer mehr Menschen möchten in ihrem Leben weniger arbeiten, um Zeit für anderes zu gewinnen. Sie würden so für andere Platz machen, die derzeit keinen Job haben. Gleichzeitig würden sie weniger Umwelt „verbrauchen“, weil sie ja mit dem geringeren Einkommen weniger konsumieren (könnten). Eine solche Umverteilung von Erwerbsarbeit bedeutet aber auch, dass viele, die derzeit als schlecht qualifiziert gelten, die Chance auf einen Arbeitsplatz hätten. Sie könnten so „on the job“ Qualifikationen erwerben, die wir in Zukunft, wenn die Zahl der ÖsterreicherInnen im erwerbsfähigen Alter deutlich zurückgeht, dringend brauchen werden. Ein wichtiger Aspekt dabei ist auch, dass neben der Erwerbsarbeit auch Eigen-, Versorgungs- und Gemeinschaftsarbeit zur Lebensqualität beiträgt.⁷

Fazit

Mehr Lebensqualität für alle ist auch ohne Wirtschaftswachstum möglich, wenn es gelingt, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Dazu gehört, Arbeit auf mehr Menschen zu verteilen, das Steuersystem umzugestalten und die soziale Sicherheit so zu organisieren, dass das hohe, aber nicht unbedingt weiter steigende Sozialprodukt bestmöglich verteilt wird. Für die Einzelnen bedeutet das weniger Stress und möglicherweise kürzere Arbeitszeiten und mehr Zeit, eine gute Lebensqualität wirklich zu genießen.⁸ Anstrengungen der Wirtschaft, der Politik und jedes Einzelnen sind nötig, um zu erreichen, was alle wollen: ein gutes Leben. ■



Dr. Friedrich Hinterberger, Mitbegründer der Österreichischen Gesellschaft für Lebensqualitätsforschung, Leiter des Sustainable Europe Research Institute, Wien

5 Friedrich Hinterberger, Elke Pirgmaier: Die ökonomischen Grenzen des Wachstums. Kann unsere Wirtschaft anhaltend wachsen?, In: Wissenschaft & Umwelt interdisziplinär, Nr. 13, Oktober 2009

6 Siehe z. B.: Karl Aiginger, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen (Projektleitung und Koordination): WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation – Zusammenfassung, Wien 2006

7 Susanne Hartard, Carsten Stahmer und Axel Schaffer (Hg): Die Halbtagsgesellschaft – konkrete Utopie für eine zukunftsfähige Gesellschaft, Baden-Baden 2006
Friedrich Hinterberger: Burnout und Klimawandel haben die gleiche Ursache: wir arbeiten zu viel und zu intensiv. In: Lernende Organisation, Nr. 45, Wien 2008

8 Friedrich Hinterberger: Burnout und Klimawandel haben die gleiche Ursache: Wir arbeiten zu viel und zu intensiv. In: Lernende Organisation, Nr. 45, Wien 2008